

Die Korruption hat viele Gesichter – auch in der Schweiz

Von Sacha Wigdorovits



Sacha Wigdorovits,
lic. phil I. Universität Zürich
und AMP Harvard Business
School, ist Gründer und
Hauptaktionär der Unter-
nehmenskommunikations-
Agentur Contract Media,
Zürich. Zuvor war er wäh-
rend mehr als zwanzig Jah-
ren Journalist, unter ande-
rem als USA-Korrespondent
für die Sonntagszeitung, stv.
Chefredaktor der Luzerner
Neusten Nachrichten und
Chefredaktor des Blick. 1999
war er Projektleiter und Mit-
begründer der Pendlerzeitung
20 Minuten.

Der Korruptionsskandal um englische Politiker und Polizisten wegen ihrer Nähe zu Publikationen des Medienmoguls Rupert Murdoch sorgt weltweit für Schlagzeilen. Das ist an und für sich gut, weil es eine Diskussion über die Beziehung zwischen Politik und Medien sowie über die Arbeitsweise der Medien im Allgemeinen ausgelöst hat.

Gleichzeitig ist aber das Entsetzen, das vielerorts zur Schau gestellt wird, extrem heuchlerisch. Erstens weiss man seit langem, dass britische Boulevardmedien mit illegalen Methoden arbeiten und beispielsweise Mobiltelefone abhören. Zweitens haben auch wir hier in der Schweiz in der Vergangenheit davon profitiert.

So zum Beispiel, als eine der englischen Tageszeitungen seinerzeit den SMS-Verkehr zwischen Prinz Charles und seiner damaligen Geliebten und heutigen Frau Camilla „gehackt“ hatte und daraus den unappetitlichen Satz von Charles zitierte: „Ich wäre am liebsten dein Tampon.“ Ob der Prinz dies tatsächlich getextet hatte oder nicht, ist unsicher. Tatsache ist aber: Der Satz wurde auch in Schweizer Medien abgedruckt.

Bedeutete dies, dass wir in der Schweiz gleiche Zustände haben wie in der englischen Boulevardlandschaft? Zum Teil. Tatsache ist, dass auch die Schweizer Medien die Rechte von Personen des öffentlichen Lebens – und manchmal sogar jene von nichtöffentlichen Personen – mit Füßen treten.

Ob Kussfotos von besagtem Prinz Charles und seiner Freundin Camilla auf einem Parkplatz in Klosters oder Nacktfotos des früheren deutschen Tennisstars Michael Stich an seinem privaten Swimmingpool in Monte Carlo: Der „Blick“ hat schon immer Paparazzifotos eingekauft und veröffentlicht. Teilweise mit gravierenden Folgen. Beim oben beschriebenen Nacktfoto von Michael Stich beispielsweise belief sich der Betrag, der zur Genugtuung und Vermeidung eines Prozesses an den Ex-Wimbledonsieger bezahlt werden musste, auf rund 50'000 Franken.

Auch der „Tages-Anzeiger“ musste schon teuer dafür bezahlen, dass die Chefredaktion seine inzwischen gefeuerte Gesellschaftskolumnistin Hildegard Schwaninger unkontrolliert schreiben liess, was immer sie von irgendwem gerüchteweise gehört und ohne Rücksicht auf die Persönlichkeitsrechte des oder der Betroffenen unverifiziert im Blatt kolportiert hatte.



Anders als in England verhält es sich in der Schweiz hingegen mit dem Kauf von Informationen. Dass für brisante Interna vier- bis sogar fünfstellige Summen bezahlt werden, kann zwar auch bei uns vorkommen. Doch ist dies sehr selten. Und jene wenigen Fälle, die mir selber aus meiner journalistischen Karriere bekannt sind, betrafen Informationen, die von Privatpersonen gekauft wurden, nicht aber die aktive Bestechung von Polizisten, anderen Staatsbeamten oder Politikern.

Dass „heisse“ Informationen bei uns den Medien in der Regel gratis angeboten werden, hat zwei Gründe: Erstens ist der Konkurrenzdruck nicht so hart wie in England, und zweitens gibt es wenige Länder, in denen die Beziehungskorruption so ausgeprägt ist, wie bei uns in der kleinen Schweiz.

Tatsache ist nämlich, dass insbesondere auf dem politischen Parkett die gewählten Volksvertreter und die Journalisten, die sie kontrollieren sollten, meistens alle per Du und miteinander emotional eng verbandelt sind. Dabei geben oftmals die Journalisten den Ton an, weil sich die Politiker von ihnen eine wohlwollende Berichterstattung und damit eine Stärkung der eigenen Position in der Öffentlichkeit erhoffen.

Ich erinnere mich noch gut, als ich seinerzeit nach Abschluss meines Studiums meine Stelle als Redaktor beim Winterthurer „Landbote“ angetreten hatte und den damaligen Zürcher Stadtpräsidenten um ein Interview bat: Nach vier Wochen wurde meiner Bitte stattgegeben. Als ich einige Jahre später zur Gratis-Wochenzeitung „ZüriWoche“ wechselte, musste ich jeweils nur noch knapp zwei Wochen auf einen Interviewtermin beim Stadtpräsidenten oder einem anderen Mitglied der Zürcher Stadtregierung warten. Und als ich wenig später Lokalredaktor beim „Tages-Anzeiger“ wurde, kam es durchaus vor, dass Mitglieder der Stadtregierung darum baten, ich möge ihnen bei uns auf der Redaktion eine „Audienz“ gewähren.

Was hatte mich in der Gunst der Magistraten so nach oben katapultiert? Ganz einfach: Als Vertreter des „Landboten“ war ich für die Stadtzürcher Politiker völlig bedeutungslos. Als Reporter der mit einer Auflage von über 300'000 Exemplaren im Raum Zürich verteilten „ZüriWoche“ verhielt sich dies schon ein bisschen anders. Und als Redaktor des „Tages-Anzeiger“ war ich ein ernst zu nehmender lokaler Machtfaktor geworden.

Mit meiner Person hatte dies freilich rein gar nichts zu tun. Es ging lediglich um meine Position bei der einzigen Tageszeitung, die im Raum Zürich Politik machen kann. (Übrigens: Als ich rund zehn Jahre später als frisch gewählter Chefredaktor des „Blick“ in Bern meine Aufwartung machen wollte, dauerte es nicht einmal zwei Monate, da hatten mich alle sieben der damaligen Bundesräte bei sich empfangen. Denn auf nationaler Ebene ist der „Blick“, was Regionalzeitungen auf der lokalen sind.)



Nur selten wird das Bedürfnis nach Nähe, das die meisten Politiker gegenüber den Medien verspüren, für Aussenstehende so gut sichtbar, wie dies 1993 der Fall war, als die „Schweizer Illustrierte“ eine Reportage über den damaligen Bundesrat Kaspar Villiger machte. Was in dem Bericht stand, war nicht so wichtig wie das Bild zum Artikel: Es zeigte den Schweizer Verteidigungsminister als Beifahrer hinten auf einer vom damaligen Politchef der „Schweizer Illustrierten“, Jürg Zbinden, gesteuerten Harley-Davidson.

Kann man der „Schweizer Illustrierten“ einen Vorwurf machen, wenn sich ein Mitglied unserer Landesregierung so weit vor ihr verbeugt, dass es sich als Töff-Beifahrer von einem Journalisten zeigen lässt, wo es lang geht? Oder kann man es dem Haus Ringier, das die „Schweizer Illustrierte“ und den „Blick“ heraus gibt, ankreiden, wenn ihm an seinem alljährlichen Gala-Abend während des Filmfestivals in Locarno immer auch ein bis zwei Bundesräte ihre Referenz erweisen?

Keineswegs. Die einzigen, die es dafür zu kritisieren gilt, sind die Politiker, die zur opportunistischen Zementierung ihrer Macht vor keiner Art der Anbiederung zurückschrecken und damit der Beziehungskorruption mit den Journalisten Tür und Tor öffnen.

Die Medien ihrerseits müssen sich aus einem anderen Grund Vorwürfe gefallen lassen: Dass viele von ihnen – getrieben von der Gier nach einer „geilen“ Schlagzeile – immer unkritischer und distanzloser gegenüber ihren Informanten geworden sind. Die sogenannte „Watergate-Regel“, wonach nur Informationen publiziert werden sollten, von deren Wahrheitsgehalt man überzeugt ist, wird heute von immer weniger Journalisten und Chefredaktoren befolgt. Stattdessen glauben sie, ihren Job getan zu haben, wenn sie einer mit Vorwürfen konfrontierten Person die Gelegenheit gegeben haben, dazu Stellung zu nehmen.

Doch dies reicht nicht! Gerechtfertigt ist die Publikation eines gravierenden Vorwurfs oder Verdachts nur, wenn eigene Recherchen ergeben haben, dass dieser Vorwurf oder Verdacht zu Recht besteht und von öffentlichem Interesse ist. Denn im Gegensatz zu unserem Rechtsstaat gilt für Personen, die in die Schlagzeilen geraten sind, de facto nicht mehr die Unschulds-, sondern die Schuldvermutung.

Deshalb ist es nicht erlaubt, lediglich auf eine – oft anonyme – Anschuldigung hin, jemanden öffentlich an den Pranger zu stellen. Doch dies geschieht heute in den Schweizer Medien beinahe täglich. Und es wird – weil sich die Verleger keinen Deut darum kümmern – weiterhin geschehen, bis nicht durch Gerichtsurteile mit gravierenden finanziellen Konsequenzen für den betreffenden Verlag dem Persönlichkeitsschutz in den Schweizer Medien wieder Nachachtung verschafft wird.

Bevor wir uns also über die englischen Medien und Politiker empören, sollten wir uns selbstkritisch mit den Verhältnissen in unserer eigenen Politik und bei unseren eigenen Medien auseinandersetzen.